



Presseschau vom 13.11.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Glenn Diesen: Russiagate sorgt für Ärger beim amerikanischen "Deep State"

Die Anschuldigung, er sei in Wahrheit ein von Russland unterstützter "Schläfer" gewesen, hing dem ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump während seiner ganzen Amtszeit wie ein Joch um den Hals. Jetzt jedoch, lange nachdem er das Weiße Haus verlassen hat, haben sich diese Behauptungen von einer Farce in eine eindeutige Fälschung verwandelt. ...

<https://kurz.rt.com/2q11>

Dagmar Henn: "Die Pflicht, sich impfen zu lassen" – Angela Merkel und der neupreußische Untertan

Gehorsam, Pflicht und Untertanengeist, das verlangte einst das Deutschland Wilhelms II. seinen Einwohnern ab, die nicht zu Bürgern werden durften. Man wollte einen Platz an der Sonne, und am deutschen Wesen sollte die Welt genesen. Inzwischen sind wir ganz woke, und doch wilhelminisch. ...

<https://kurz.rt.com/2q1h>

de.rt.com: John Cleese: "Woke" sind moralisch überlegene, hypersensible, narzisstische Puritaner

Der Brite John Cleese ist ein großartiger Komiker. Dass er auch im wirklichen Leben eine scharfe Zunge besitzt, zeigte er in der Twitter-Debatte um eine Rede, die er in Cambridge

hätte halten sollen, für die er sich aber selbst auf die Schwarze Liste gesetzt hat. ...

<https://kurz.rt.com/2q11>

Dagmar Henn: Überlastete Krankenhäuser: Schuld ist nicht Corona, sondern die schlechte Bezahlung der Pflegekräfte

Die Überlastung der Kliniken, so heißt es, ist der Grund, warum wieder schärfere Corona-Maßnahmen verhängt werden müssen. Andernfalls könnten die Kranken nicht mehr versorgt werden. Aber diese Überlastung hat gar nichts mit COVID-19 zu tun, sondern mit einem deutschen Tabu. ...

<https://kurz.rt.com/2q24>

deu.belta.by: „Verarmtes, verelendetes Europa“: Lukaschenko über totalen Verfall der EU-Politik

Die europäische Politik ist in den letzten Jahren stark heruntergekommen. Diese Meinung äußerte Präsident Alexander Lukaschenko in einem Interview mit dem Chefredakteur der russischen Militärzeitung „Nazionalnaja oborona“ (Nationale Verteidigung) Igor Korotschenko am 9. November. ...

<https://deu.belta.by/president/view/verarmtes-verelendetes-europa-lukaschenko-uber-totalen-verfall-der-eu-politik-58876-2021/>

Charlie Stone: Ja, Dampfloks sollen jetzt für rassistisch erklärt und "auf den Prüfstand" gestellt werden

Wegen ihres Beitrags an der industriellen Revolution und der imperialistischen Expansion der Kolonialmächte werden Dampfmaschinen einer lächerlichen "woken" Neubewertung unterzogen. Ein Forschungsprojekt soll jetzt ihre Mitschuld an der Sklaverei beleuchten. ...

<https://kurz.rt.com/2q0j>

Rainer Rupp: Zivile Opfer der US-Kriegsmaschine – Teil der DNA des US-Militärs (Teil 2)

Im ersten Teil wurde die im US-Militär herrschende Un-Kultur der Straflosigkeit bei vermeidbarer oder gar absichtlicher Tötung von Zivilisten in besetzten Gebieten untersucht. Dieser zweite Teil zeigt, dass Gewalt gegen Zivilisten tief in der US-Militärtradition verwurzelt ist und für lange Zeit sogar als Teil der US-Kriegsführung explizit legalisiert wurde. ...

<https://kurz.rt.com/2q1f>

abends/nachts:

deu.belta.by: 10 Tonnen humanitäre Hilfe kommen im Flüchtlingslager an

Dutzende LKWs mit über 10 Tonnen humanitärer Hilfe haben heute den in einem Notlager an der belarussischen Grenze zu Polen gefangenen Flüchtlingen Lebensmittel, Hygieneartikel und andere Güter des täglichen Bedarfs gebracht.

Bereits am 8. November wurde eine große Gruppe von Flüchtlingen auf dem Weg zur belarussisch-polnischen Grenze in der Nähe des Grenzkontrollpunkts Bruzgi gesichtet. Die meisten von ihnen sind irakische Kurden, die weiter nach Polen gelangen wollten. Die polnische Grenzpolizei hat sie nicht durchgelassen. Sie errichteten deshalb ein Lager in der direkten Nähe am Grenzzaun. Die Bedingungen im Lager lassen viel zu wünschen übrig: Die Menschen frieren, hungern und haben Durst.

Die belarussischen Helfer sind täglich vor Ort. Heute traf eine weitere Lieferung humanitärer Hilfe im Lager ein. Auf zehn Lastkraftwagen wurden mehr als 10 Tonnen Lebensmittel und lebensnotwendige Güter gebracht: Brot, Fleischkonserven, Süßwaren, Milch, Hygieneartikel,

auch für Kinder und Frauen, warme Kleidung.

Das Belarussische Rote Kreuz, Organisationen und Unternehmen, öffentliche und politische Vereinigungen helfen den an der Grenze gestrandeten Migranten.

Auch Trinkwasser wird regelmäßig in das Lager angeliefert. Trockenes Brennholz wird verteilt. Die Männer bauen Hütten und Zelte aus Baumstämmen und Ästen.

Rund um die Uhr sind auch Rettungsärzte im Lager. Die Flüchtlinge sagen, dass viele von ihnen erkältet sind. Im Lager befinden sich rund 500 Kinder. Immer wieder treffen neue Gruppen von Flüchtlingen im Lager ein. Sie alle wollen weiter nach Europa.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1636730424_58874_big.jpg

snanews.de: **Zwei russische Militärangehörige bei Übungen in Weißrussland gestorben – Verteidigungsministerium**

Zwei russische Militärangehörige sind nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Moskau am Freitag bei einer Fallschirmlandung in der Nähe der weißrussischen Stadt Grodno ums Leben gekommen.

Der Vorfall ereignete sich den Angaben zufolge bei der Landung einer Luftlandetruppe auf einem unbekanntem Landeplatz in der Nähe von Grodno. Wegen eines „plötzlichen starken Windstoßes“ seien die Fallschirme der beiden Militärangehörigen abgesunken. Einer von ihnen habe dann versucht, den „unkontrollierten Sturz mit seinem Reservefallschirm“ zu stoppen, heißt es weiter. Aufgrund der zu geringen Höhe habe das Reservefallschirmsystem nicht schnell genug aktiviert werden können, was zu einer harten Landung geführt habe.

„Beide wurden dabei verletzt und daraufhin umgehend in eine örtliche medizinische Einrichtung gebracht, wo ihnen die notwendige Hilfe geleistet wurde“, so die Mitteilung. Trotz der Bemühungen der Ärzte starben die Militärangehörigen jedoch an ihren Verletzungen. Die Umstände des Vorfalls werden derzeit ermittelt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/0c/4303205_0:171:3033:1877_1920x0_80_0_0_b327b52f61ac670a6dff267b65489fc7.jpg

snanews.de: **Außenminister Lawrow beschuldigt Nato aggressiver Politik gegen Russland**

Der russische Außenminister, Sergej Lawrow, hat die Nato einer „aggressiven Politik“ gegenüber Moskau beschuldigt. Ihm zufolge bemühen sich die Nato im Allgemeinen und die Vereinigten Staaten im Besonderen weiterhin um die Eindämmung Russlands.

„Dafür gab es in den letzten Tagen viele Beispiele, sowohl was die Stationierung zusätzlicher Streitkräfte im Schwarzen Meer als auch die Entsendung von Kriegsschiffen in ungewöhnlichem Umfang in die Region angeht“, sagte Lawrow am Freitag gegenüber Journalisten.

Die USA und ihre Nato-Verbündeten haben in der letzten Zeit laut dem russischen Verteidigungsministerium ihre Militäraktivitäten im Schwarzen Meer erheblich verstärkt. Allein in den letzten 24 Stunden haben Radare der russischen Streitkräfte sechs Aufklärungsflugzeuge der Nato-Länder über dem Schwarzen Meer beobachtet, wie das Ministerium mitteilte.

Das Verteidigungsministerium glaubt, dass der wahre Zweck der US-Aktivitäten in der Schwarzmeerregion darin besteht, „den Schauplatz der möglichen Kampfhandlungen zu erkunden“, falls Kiew eine gewaltsame Lösung des Konflikts im Südosten der Ukraine versuchen sollte.

Das Ministerium sieht in den aggressiven militärischen Aktivitäten der USA in der Region eine Bedrohung für die regionale Sicherheit und strategische Stabilität.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/08/11/3253222_0:0:3106:1748_1920x0_80_0_0_8f52fdf55fe1b93f0c65ba5d65b13530.jpg

vormittags:

de.rt.com: **Polen: Großbritannien und Ukraine entsenden Truppen an die weißrussische Grenze**

Polen hat bekannt gegeben, dass es eine Vereinbarung mit dem Vereinigten Königreich getroffen hat, wonach britische Truppen beim Bau einer befestigten Grenzmauer entlang der EU-Außengrenze zu Weißrussland helfen sollen. Der Streit über illegale Migration droht zu eskalieren.

Am Freitag gab der polnische Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak eine Erklärung ab, in der er bestätigte, dass Polen und Großbritannien zusammenarbeiten würden, um Migranten am illegalen Grenzübertritt in die EU zu hindern.

"Die Aufklärung hat vor der Unterstützung durch britische Techniktruppen begonnen", schrieb er auf Twitter. "Unsere Soldaten werden bei der Verstärkung des Zauns an der polnisch-weißrussischen Grenze zusammenarbeiten."

Seitens des britischen Verteidigungsministeriums hieß es, es habe ein "kleines Team von Streitkräften" nach Polen entsandt, "um auf die anhaltende Situation an der weißrussischen Grenze zu reagieren".

"Das Vereinigte Königreich und Polen haben eine lange Geschichte der Freundschaft und sind Nato-Verbündete", so das britische Verteidigungsministerium.

Auch die Ukraine teilte am Freitag mit, dass sie Grenzschutzbeamte und Offiziere der Nationalgarde an die polnische Grenze schickt, um Informationen und operatives Know-how bei der Bewältigung der Krisensituation auszutauschen. Der südlich an Weißrussland angrenzende Staat hatte bereits zuvor angekündigt, zusätzliche Truppen im Umfang von mehreren Tausend Mann zur Verstärkung an der Grenze einzusetzen.

"Die Ukraine unterstützt Polen in dieser schwierigen Zeit und hofft, dass es in der Lage sein wird, die künstlich ausgelöste Krise auf friedliche und zivilisierte Weise zu lösen", erklärte der ukrainische Innenminister Denys Monastyrsky gegenüber seinem polnischen Amtskollegen, wie es in einer Erklärung heißt. "Wir sind bereit, jedes Ersuchen der polnischen Seite um Unterstützung bei der Lösung der gegenwärtigen Situation umgehend zu prüfen."

Die Nachricht kommt zu einem Zeitpunkt, da die Spannungen an der Grenze zur EU zunehmen. Polen hat in den letzten Tagen Tausende von Grenzschützern, Polizisten und Soldaten eingesetzt, um die Migranten zurückzuweisen. Die Behörden setzten Tränengas ein und benutzten Schutzschilde, um sie daran zu hindern, die Demarkationslinie zu überqueren. Stunden zuvor hatte Russland bestätigt, dass es im Rahmen von Militärübungen in der Nähe der Stadt Grodno nahe der polnischen Grenze ein Kontingent von Fallschirmjägern über Weißrussland abgesetzt hat. Am Donnerstag bestätigte Moskau auch, dass es atomwaffenfähige Überschallbomber im Rahmen einer Langstrecken-Trainingsmission in den belarussischen Luftraum entsandt hat.

Die EU beschuldigt Weißrussland, die Krise als Teil eines "hybriden Angriffs" verursacht zu haben, indem es weißrussische Visa im Nahen Osten verteilte, Flüge aus Krisenländern wie Irak, Syrien und Iran zuließ und die eingeflogenen Migranten anschließend zum illegalen Grenzübertritt zwang. Die Migranten seien an die Grenze gebracht und an der Rückkehr gehindert worden. Berichten zufolge erwägt die EU nun als Reaktion darauf ein Paket von weiteren Sanktionen.

Minsk bestreitet den Vorwurf, dass die Zunahme der Grenzübertritte Teil eines "hybriden Krieges" ist, um Druck auf die EU als Reaktion auf Sanktionen auszuüben. Die weißrussische Regierung beharrt stattdessen darauf, dass die Migrationsbewegung ein Ergebnis der westlichen Intervention im Nahen Osten ist. Laut dem langjährigen Staatschef Alexander Lukaschenko sind die Behörden einfach nicht mehr bereit, die Migranten an der Einreise nach

Polen zu hindern. Mehrere Menschen sind in der Hoffnung, die EU zu erreichen, gestorben, während sie in der Kälte schliefen.

Die Türkei hat derweil angekündigt, Syrer, Iraker und Jemeniten nicht mehr mit türkischen und weißrussischen Fluggesellschaften nach Minsk fliegen zu lassen. Europäische Politiker hatten dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan vorgeworfen, zusammen mit Alexander Lukaschenko und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin gemeinsame Sache zu machen, um die EU zu 'untergraben'. Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki hatte zu Beginn der Woche die Türkei beschuldigt, Migranten in sein Land gelassen zu haben. Ankara hat diese Anschuldigung zurückgewiesen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/618eb6e2b480cc150718d806.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 12. November 2021 wurden drei Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Wesjanoje, Molodjoshnoje und Kalinowka wurden mit 152mm-Artillerie (4 Geschosse), Granatwerfern (3 Schüsse) und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen. Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

snanews.de: „Untertöne des deutschen Kolonialismus“: Kiew lehnt Aufnahme von Migranten aus Weißrussland ab

Der ukrainische Botschafter in Berlin, Andrej Melnyk, hat in einem Telefon-Interview mit dem Deutschlandfunk den Vorstoß des SPD-Außenpolitikers Nils Schmid zur Unterbringung der Migranten von der polnisch-weißrussischen Grenze in der Ukraine entschieden zurückgewiesen und als Erscheinung des „deutschen Kolonialismus“ bezeichnet.

Dieser Vorstoß habe laut dem Botschafter hohe Wellen in der Ukraine geschlagen. „Was die ukrainische Öffentlichkeit an diesem abwegigen Vorschlag am meisten gestört und sogar schockiert hat, war, dass unsere Regierung vorher gar nicht gefragt oder konsultiert wurde“, sagte Melnyk. Das sei ein Zeichen von fehlendem Respekt, manche sagten von Arroganz gegenüber der Ukraine.

„Denn für viele schwingen da auch gewisse Untertöne des deutschen Kolonialismus mit, den wir leider zu gut aus den dunklen Zeiten des Vernichtungskrieges (des Zweiten Weltkrieges - Anm. d. Red.) kennen“, betonte der ukrainische Diplomat.

Damals habe man die Ukraine als „Lebensraum“ angesehen und heute schein es, dass manche Politiker die Ukraine nicht als einen gleichwertigen Partner, sondern als ein Territorium in der Nachbarschaft betrachteten. Man halte die Ukraine quasi für einen „Abstellgleis für Migranten, damit diese auf keinen Fall in die EU gelangen“, kritisierte Melnyk.

„Da sehen wir klare Doppelmoral“, so der Botschafter.

Trotz dieser Kritik signalisierte Melnyk die Bereitschaft Kiews, einen formellen Vorschlag in Bezug auf die Flüchtlingssituation an der Grenze mit Weißrussland zu diskutieren, wenn dieser vorliegen sollte. Die Reaktion der EU auf die Flüchtlingssituation bezeichnete der Diplomat als unzureichend.

„Deswegen muss man eben eine Antwort suchen, wie man darauf reagiert“.

Für die Grenzüberwachung soll der ukrainische Sicherheitsrat laut Melnyk über 8000 Polizisten an die ukrainische Grenze zu Weißrussland geschickt haben.

Am Mittwoch hatte sich der SPD-Außenpolitiker Nils Schmid im Gespräch mit dem Deutschlandfunk dafür ausgesprochen, die über Belarus in die EU gelangten Flüchtlinge für die Dauer ihres Asylverfahrens zunächst in der Ukraine unterzubringen. „Es gibt ja Überlegungen mit Nachbarländern wie der Ukraine darüber zu reden, dass sie dort vorübergehend aufgenommen werden und dann die Verfahren dort abgewickelt werden“, so Schmid. Auch der CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak unterstützte den Vorstoß.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/05/19/2242249_0:67:1281:787_1920x0_80_0_0_86d60503841d2d1d7d60f267558b82f6.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 12. November 3:00 Uhr bis 13. November 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination fünf Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende die Ortschaften:

Golmowskij, Sajzewo, Styla, Petrowskoje, Belaja Kamenka.

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 155.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 5 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: **Britische Zeitung berichtet über US-Hyperschallraketen in Deutschland und zeigt Atompilz über Moskau**

Laut der britischen Zeitung "The Sun" darf sich Deutschland bald über US-Atom-Hyperschallraketen freuen. Diese sollen einer reaktivierten US-Artillerieseinheit in Deutschland zur Verfügung gestellt werden – garniert wurde der Bericht mit einem Atompilz über Moskau.

"Dark Eagle ist gelandet", titelte die britische Boulevard-Zeitung The Sun am Mittwoch und schrieb zunächst, dass die neuen US-Atom-Hyperschallraketen Russland in nur sechs Minuten wie ein Blitz zum Leuchten bringen – nur wenig später korrigierte die Zeitung jedoch die Zeitspanne auf 21 Minuten und 30 Sekunden, wobei das Titelbild immer noch von sechs Minuten spricht. Garniert wurde der Bericht mit einer Grafik, die einen Atompilz über Moskau zeigt.

Hintergrund des Sun-Berichts ist die Reaktivierung des 56. Artilleriekommandos Anfang dieser Woche. Die Artillerieseinheit wurde ursprünglich 1942 gegründet und war von 1963 bis 1991 im aktiven Dienst, wobei sie das nukleare Pershing-Raketensystem einsetzte. Neben der Sun berichteten auch weitere britische Zeitungen, dass die reaktivierte Einheit in Deutschland demnächst über Hyperschallraketen verfügen könnte, sobald die Technologie "vollständig entwickelt und einsatzbereit" ist. Das soll nach Angaben des Pentagons irgendwann im Jahr 2023 der Fall sein.

Anfang Oktober dieses Jahres hatte die US-Armee die Auslieferung von Bestandteilen für die Hyperschalltechnologie an eine Einheit in den USA bestätigt. Das Bataillon des 1. Korps der US-Armee auf dem gemeinsamen Stützpunkt Lewis-McChord im Bundesstaat Washington erhielt Lastwagen, Anhänger, vier Aufrichter und andere Komponenten der Long-Range Hypersonic Weapon (LRHW), aber noch keine Raketen.

Der Name der zukünftigen Hyperschallrakete, "Dark Eagle", stammt von Rob Strider, dem Verantwortlichen für das Hyperschall-Projektbüro der US-Armee. Die Rakete selbst wird von dem in Alabama ansässigen Unternehmen Dynetics entwickelt, das für die Mother of All Bombs (MOAB), die Gremlin-Drohne, einige Raketentriebwerke und IT-Dienstleistungen verantwortlich zeichnet. Der Hauptintegrator der Waffensysteme wird Lockheed Martin sein, das Unternehmen, das hinter dem F-35-Kampffjetprojekt steht.

Der Wettlauf um Hyperschallraketen nahm im Oktober Fahrt auf, nachdem eine andere britische Quelle berichtet hatte, dass China im August eine solche Waffe getestet und die USA damit überrascht habe. Peking dementierte die Behauptung offiziell und erklärte, der Test stehe im Zusammenhang mit der chinesischen Raumfahrt. In der Zwischenzeit hat Moskau seine eigene Hyperschallrakete Zircon getestet, die nach Angaben des russischen Militärs kurz vor der Einsatzreife für die Seestreitkräfte steht.



US to put 4,000mph Dark Eagle nukes in Germany to 'blitz Moscow in 6 MINS'



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/618f6c23b480cc32d0623e33.jpeg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 13. November um 9:00 Uhr 19.847 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 15.599 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 2898 Todesfälle.

de.rt.com: **Nach verhängtem Teil-Lockdown in Niederlanden: Straßenschlachten in Den Haag**

Nachdem die niederländische Regierung am Freitag einen dreiwöchigen Teil-Lockdown angekündigt hatte, kam es noch am selben Abend in Den Haag, dem Parlaments- und Regierungssitz der Niederlande, zu schweren Ausschreitungen. Ob es Verletzte gab, ist noch unklar.

Am Freitagabend demonstrierten in der niederländischen Großstadt Den Haag zahlreiche Menschen gegen den von der Regierung angekündigten Teil-Lockdown. Dabei kam es auch zu massiven Ausschreitungen. Einige lieferten sich mit der Polizei regelrechte Straßenschlachten.

Der Bild-Zeitung zufolge flogen auch Ziegelsteine und Flaschen vonseiten der Demonstranten auf die Polizei. Diese setzte Wasserwerfer ein und "brachte Polizeihunde – ohne Maulkorb" zum Einsatz, wie die Bild weiter berichtet. Zudem sollen Unbekannte auch Feuerwerkskörper geworfen haben. Laut den Berichten kam es zu erheblichen Sachbeschädigungen. Ob es auch Verletzte gab, ist noch unklar.

Die Regierung hatte am Freitag beschlossen, einen Teil-Lockdown für die kommenden drei Wochen zu verhängen. "Diese Eingriffe sind einschneidend und werden alle treffen", sagte Ministerpräsident Mark Rutte am Freitagabend in Den Haag.

Gaststätten und Supermärkte müssen ab Samstag bereits um 20 Uhr schließen, andere Geschäfte sogar bereits um 18 Uhr.

Die 1,5 Meter-Abstandsregel wird wieder eingeführt, Bürger sollen von zu Hause aus arbeiten und nur maximal vier Besucher täglich zu Hause empfangen. Sportwettkämpfe müssen ohne Publikum ausgetragen werden. Das gilt auch für Fußballspiele, wie etwa das WM-Qualifikationsspiel der Niederlande gegen Norwegen am kommenden Dienstag in Rotterdam.

"Das Virus ist überall"

Mit den Maßnahmen "sollen Kontakte verringert und so Neuinfektionen abgebrems werden", begründete Rutte die Maßnahmen. Er ergänzte: "Der Druck auf das Gesundheitssystem ist zur Zeit extrem hoch." Auch Experten, die die Regierung in der Pandemie beraten, hätten dringend zu einem Lockdown geraten.

"Das Virus ist überall, im ganzen Land, in allen Bereichen."

Die Regierung hatte seit Donnerstag über die neuen Maßnahmen beraten. Von dem Shutdown weiterhin ausgenommen sind nur Kinos und Theater. Besucher müssen dort nachweisen, dass sie geimpft, getestet oder genesen sind. Die geschäftsführende Regierung will diese 3G-Regel ausweiten auf Geschäfte und möglicherweise auch Arbeitsplätze. Außerdem soll für einige Bereiche die 2G-Regel eingeführt werden, beispielsweise für Kneipen und Festivals.

Erst Ende September hatte das Land die meisten Regeln stark gelockert. Doch die Lage verschlechterte sich wieder. Dabei sind etwa 82 Prozent der Bürger in den Niederlanden vollständig geimpft. Vor zehn Tagen traten dann erneute Verschärfungen in Kraft. Die Maskenpflicht wurde wieder ausgeweitet den öffentlichen Raum und Geschäfte. Viele Bürger hielten sich allerdings nicht an die Regeln, deren Durchsetzung, etwa in Lokalen, kaum kontrolliert wurde.

Der Widerstand gegen den begrenzten Lockdown ist nun groß. Unternehmer, Sportverbände und Gastwirte reagierten empört. Der Gaststättenverband warnte davor, dass sich Wirte nicht an die Regeln halten würden. "Die Grenze ist erreicht. Die Unternehmer sind wütend", sagte

der Vorsitzende des Gaststättenverbandes, Robèr Willemsen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/618f865f48fbef1132259567.jpg>

Mzdnr.ru: Am 12. November wurden in der DVR 3342 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 1376 positiv, bei 93 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 133 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 26 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 84 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2753 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 1597 mit Sauerstoffunterstützung (+43 in den letzten 24 Stunden).

Am 13. November um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 96.943 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

18.691 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 70.807 als gesund entlassen, es gibt 7444 Todesfälle.

de.rt.com: **Wladimir Putin zur Migrationskrise in Osteuropa: "Wir haben damit absolut nichts zu tun"**

Wladimir Putin hat dem Fernsehsender "Rossija-1" ein exklusives Interview gewährt. Dort äußerte sich der russische Staatschef unter anderem zur akuten Migrationskrise an der weißrussisch-polnischen Grenze und wies jede Verantwortung Russlands für die Situation zurück.

Am 13. November hat der Kreml auf seiner Website ein exklusives Interview mit Wladimir Putin für den Sender Rossija-1 veröffentlicht. Der russische Präsident beantwortete dort die Fragen des Korrespondenten Pawel Sarubin und ging unter anderem auf die akute Migrationskrise an der weißrussisch-polnischen Grenze ein. Der Politiker wies dabei jede Verantwortung seines Landes für die entstandene Situation entschieden zurück und rief die Regierung in Minsk und die EU dazu auf, dieses Problem direkt miteinander zu besprechen. "Aus meinen Gesprächen mit Alexander Grigorjewitsch Lukaschenko und mit Bundeskanzlerin Merkel habe ich verstanden, dass sie bereit sind, miteinander zu sprechen. Hoffentlich wird dies demnächst geschehen."

Putin brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass Weißrussland und die EU direkt Kontakt miteinander aufnehmen würden, um das Problem zu lösen. Besonders wichtig sei dabei ein Dialog mit Deutschland, da Migranten vor allem in dieses EU-Land strebten.

Als Verursacher der jetzigen Krise bezeichnete der Staatschef den Westen. Die Regierung in Minsk sei kein "Erstentdecker dieser Probleme", die von politischer, militärischer und wirtschaftlicher Natur seien. Viele westliche Länder hätten sich an den Militäroperationen im Irak und in Afghanistan beteiligt. Daher gebe es nun an der weißrussisch-polnischen Grenze viele Kurden aus dem Irak und Flüchtlinge aus Afghanistan. Unter den wirtschaftlichen

Ursachen der Krise nannte Putin die schlechten Arbeitsbedingungen in vielen Nahost-Staaten und die verhältnismäßig hohe Sozialhilfe, den Zugang zu Bildung und Medizin für Kinder und Erwachsene in den führenden EU-Staaten.

"Wenn aber polnische Grenzsoldaten und Armeeingehörige an der Grenze zwischen Weißrussland und Polen potenzielle Migranten verprügeln, über ihre Köpfe mit scharfer Munition hinwegschießen, nachts auf ihre Aufenthaltsorte, an denen sich Kinder und hochschwängere Frauen befinden, Sirenen und Licht richten, so passt dies wenig zu den Ideen des Humanismus, die angeblich der Politik unserer westlichen Nachbarn zu Grunde liegen."

Putin wies jede Beteiligung russischer Fluggesellschaften an dem Transit von Migranten in die Republik Belarus entschieden zurück. Der russische Präsident berief sich außerdem auf seinen weißrussischen Kollegen und teilte mit, dass auch die weißrussische Airline Belavia keine Migranten ins Land befördere. Damit begegnete er Gerüchten, Migranten würden mit Charterflügen gezielt nach Weißrussland geholt. Hinter der Krise steckten vielmehr Schleusergruppen, die allerdings von EU-Ländern aus agierten.

"Das wichtigste Glied befindet sich in den EU-Staaten. Migranten werden dorthin von denjenigen geschleust, die sich dort befinden. Sie organisieren all diese Ketten."

Der russische Präsident rief die europäischen Sicherheitsbehörden dazu auf, gegen solche Schleuserbanden vorzugehen. Gleichzeitig schloss er nicht aus, dass sich eine strafrechtliche Verfolgung als schwierig erweisen könnte. Deswegen sei eine Kooperation zwischen allen betroffenen Ländern, darunter auch Weißrussland, notwendig. Putin wiederholte in diesem Zusammenhang, dass Russland damit überhaupt nichts zu tun habe. Der Präsident bezeugte zugleich sein Mitgefühl für die Menschen an der weißrussisch-polnischen Grenze, insbesondere für die Kinder.

Ferner äußerte sich der Kremlchef zu Lukaschenkos Drohungen an die Adresse der EU, den Gastransit über Weißrussland einzustellen. Er wisse von einer solchen Möglichkeit nichts. Lukaschenko habe ihn bei ihren Telefongesprächen darüber nicht informiert und diese Option nicht einmal angedeutet. Putin fand an solchen Drohungen nichts Gutes und kündigte an, er werde dieses Thema mit dem weißrussischen Staatschef erörtern. Der Kremlchef drückte seine Hoffnung aus, dass es zu keinem Stopp von Gaslieferungen über Weißrussland kommen würde.

"Theoretisch könnte Lukaschenko als Präsident eines Transitlandes natürlich den Befehl geben, unsere Gaslieferungen nach Europa zu stoppen. Dies wäre aber ein Verstoß gegen unseren Transitvertrag."

Putin erinnerte in diesem Zusammenhang an die Ukraine, die vor etwa 13 Jahren den russischen Gastransit nach Europa gesperrt hatte. Ein solches Szenario würde aber die russisch-weißrussischen Beziehungen belasten und der Energiewirtschaft der EU einen großen Schaden zufügen.

Auch schloss Putin jeden Zusammenhang zwischen der Migrationskrise und den aktuellen russisch-weißrussischen Militärübungen aus. Diese seien planmäßig. Zudem könnten die strategischen Luftstreitkräfte gar nichts zur Lösung solcher Krisen beitragen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/618f8ca5b480cc33c40df3a0.jpg>

nachmittags:

de.rt.com: **Wladimir Putin zu NATO-Manövern im Schwarzen Meer: "Eine ernste Herausforderung für uns"**

Russlands Präsident hat dem Fernsehsender "Rossija-1" ein exklusives Interview gegeben. Dort kommentierte Wladimir Putin unter anderem die NATO-Aktivitäten im Schwarzen Meer und bezeichnete diese außerplanmäßigen Übungen als eine ernste Herausforderung für Russland.

Am 13. November hat der Kreml auf seiner Website ein exklusives Interview mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin für den Sender Rossija-1 veröffentlicht. Der Politiker beantwortete dort die Fragen des Korrespondenten Pawel Sarubin und äußerte sich unter anderem zu den aktuellen NATO-Aktivitäten im Schwarzen Meer. Putin bezeichnete sie als außerplanmäßige Manöver der Vereinigten Staaten und ihrer NATO-Verbündeten. Dabei würden neben einem "ziemlich starken Schiffsverband" auch strategische Luftstreitkräfte eingesetzt.

"Es werden B-51 eingesetzt. Das sind zwar ziemlich alte Flugzeuge, aber es geht nicht um die Träger, sondern darum, dass sie an Bord strategische Waffen haben. Das ist eine ernste Herausforderung für uns."

Putin teilte mit, das russische Verteidigungsministerium habe vorgeschlagen, im Schwarzen Meer ebenfalls außerplanmäßige Seeübungen abzuhalten. Er halte dies aber für unzumutbar. Außerdem brauche man die Situation in der Region nicht zusätzlich eskalieren zu lassen. Daher beschränke sich das Verteidigungsministerium derzeit darauf, ausländische Kampfflugzeuge und -schiffe zu eskortieren.

Der Präsident ging auch auf das Verhältnis zur Ukraine und die Vorwürfe ein, wonach Russland die Minsker Abkommen nicht befolge.

"Wenn wir unseren Partnern, darunter im Normandie-Format, die Frage stellen, was genau Russland in den Minsker Abkommen nicht befolge und was ihrer Meinung nach Russland laut den Minsker Abkommen tun solle, gibt es keine Antwort. Man sagt uns direkt: 'Wir können das nicht ausformulieren'. Ich mache keinen Witz. So ist eben der Dialog."

Ferner wies der Kremlchef darauf hin, dass in den Minsker Abkommen nirgendwo stehe, dass Russland eine Partei dieses Konfliktes sei. Den bewaffneten Konflikt im Osten der Ukraine habe die damalige Regierung in Kiew entfesselt. Gleichzeitig reagiere im Westen niemand darauf, dass Kiew im Donbass Bajraktar-Kampfdrohnen einsetzt. Dabei sei die Verwendung der Luftstreitkräfte dort laut den Minsker Abkommen verboten.

"Europa sagte diesbezüglich etwas Unplausibles. Die USA unterstützten es sogar. Und die offiziellen Vertreter der Ukraine sagen unverblümt: 'Wir haben sie eingesetzt und werden es

weiterhin tun'."

Auf die Frage, ob eine Runde im Normandie-Format vor diesem Hintergrund überhaupt sinnvoll sei, antwortete Putin, dass er seit einiger Zeit keine dringlichen Angebote in diesem Zusammenhang höre. Das Thema werde aber erörtert. Einen anderen Mechanismus gebe es derzeit nicht.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/618fa28fb480cc33c40df3ad.jpg>

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 13.11.2021**
In den letzten 24 Stunden wurden fünf Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung
festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer aus der 95. Brigade **Golmowskij** und **Sajzewo (jushnoje)** mit 82mm-Mörsern und Granatwerfern verschiedener Art beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 93. Brigade **Belaja Kamenka, Petrowskoje** und **Styla** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen und Granatwerfern verschiedener Art beschossen.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben Kämpfer der 93. Brigade einen Antipanzerlenkraketenkomplex „Konkurs“ in der Nähe von Granitnoje und Besitzer der 58. Brigade ein getarntes Abwehrgeschütz SU-23 in einem Wohngebiet von Netajlowo stationiert. Um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 25. Luftlandebrigade und der 95.

Luftsturmbrigade zu verhindern, hat der Gegner Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Warwarowka, Nikolajpolje und Suchaja Balka zu blockieren.

Außerdem bestätigt die OSZE-Mission im offiziellen Bericht vom 12. November den **Einsatz von Drohnen durch die ukrainischen Kämpfer** im Gebiet von Lebedinskoje.

Unsere Aufklärung hat Informationen über eine weitere **Beeinträchtigung von Rechten und Freiheiten der Zivilbevölkerung des Donbass, die auf dem von der Ukraine besetzten Territorium lebt**, erhalten.

So haben ukrainische Strafruppen aus dem militärischen Rechtsordnungsdienst und dem SBU gemeinsam mit Mitarbeitern der Polizei Checkpoints auf Straßen installiert und halten Fahrer von Fahrzeugen an, konfiszieren USB-Sticks, Videokameras, Telefone, schreiben ihre Seriennummern auf und die Nummer der Sim-Karten, um die Bewegung von Einheiten der 128. Gebirgstruppe, die sich auf die Rotation und die Rückkehr aus der OOS-Zone in den ständigen Stationierungspunkt vorbereitet, zu verheimlichen.

Außerdem blockiert der Wachdienst der 128. Brigade in der Nacht die Fahrt von zivilen Fahrzeugen in den Gebieten, in denen sich Truppen bewegen. Dabei ist unter anderem die Fahrt von Fahrzeugen von Notfalldiensten verboten. So geschah es heute Nacht im Gebiet von Nowojanisol, dass Besitzer einen Krankenwagen mit einem Kranken nicht in Richtung

Mariupol durchließen, was die Ärzte zwang, einen Umweg zu fahren und die Fahrzeit um mehr als eine Stunde zu erhöhen.

Ihre Handlungen erklären die Besatzer mit der Durchführung von antiterroristischen Maßnahmen. Aber nach uns vorliegenden Informationen aus dem Stab der 128. Brigade werden analoge Aktivitäten auch in dem Verband selbst durchgeführt, wo allen Soldaten die Telefone, mit denen Fotos und Videos aufgenommen werden können und die Internetzugang hatten, weggenommen wurden.

In den letzten 24 Stunden haben die Verbände der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ wieder **nicht kampfbedingte Verluste** erlitten, wobei drei Mann verletzt wurden.

In der 54. Brigade wurde ein betrunkenen Kämpfer verletzt, als er in einen für Panzertechnik gegrabenen Unterstand fiel.

In der 58. Panzergrenadierbrigade erlitt ein Offizier eine Schussverletzungen am Bein, als er seine Pistole entlud.

In der 25. Brigade erlitt ein Besatzer im Gebiet von Nowoselowka Wtoraja eine ernsthafte Verletzung an beiden Beinen als ihn in der Folge der Verletzung von Sicherheitsanforderungen ein Panzertransporter im Autopark des Truppenteils anfuhr.

snews.de: **Nato-Ukraine-Manöver im Schwarzen Meer: Moskau spricht von „Bedrohung für regionale Sicherheit“**

Russlands Verteidigungsministerium hat auf die gemeinsame Übung der USA und weiterer Nato-Mitgliedsstaaten mit der Ukraine im Schwarzen Meer reagiert und diese als eine Bedrohung für die Sicherheit in der Region bezeichnet.

„Die durch nichts provozierte aggressive militärische Aktivität der USA und der Nato-Staaten in der Schwarzmeerregion und zudem das Involvieren der Schwarzmeerstaaten stellt eine Bedrohung für die regionale Sicherheit und strategische Stabilität dar“, teilte die Behörde in einer Stellungnahme mit.

Das Verteidigungsministerium in Moskau teilte weiter mit, dass der Lenkwaffenzerstörer „USS Porter“ und das Führungsschiff „USS Mount Whitney“ der U.S. Navy eine Reihe gemeinsamer Übungen mit den Schiffen aus der Türkei, Rumänien und der Ukraine in den internationalen Gewässern vor der rumänischen Küste durchgeführt und einen Anlauf des Hafens von Constanta (Rumänien) gemacht hätten.

Russische Kriegsschiffe – der Lenkwaffenkreuzer „Moskwa“ und die Fregatte „Admiral Essen“ sowie das Patrouillenschiff „Pawel Dershawin“ – würden die Aktivitäten der U.S. Navy im Schwarzen Meer verfolgen.

„Die aktiven Operationen der Schiffsgruppe der U.S. Navy und der Luftaufklärungsflüge der Luftstreitkräfte der Nato haben sich verschoben und werden im nordwestlichen Teil des Schwarzen Meeres durchgeführt“, teilte die Behörde weiter mit.

Nach Angaben des Ministeriums wurden im zentralen und im nordwestlichen Teil des Schwarzen Meeres Flüge von drei Patrouillenflugzeugen P-8A „Poseidon“ der US-Marine und einem Aufklärungsflugzeug C-160G „Gabriel“ der französischen Luftwaffe registriert, die vom Luftwaffenstützpunkt auf der italienischen Insel Sizilien beziehungsweise von einem Stützpunkt in Rumänien gestartet waren. Außerdem seien US-amerikanische Aufklärungsjets RC-135 entdeckt worden, die von der griechischen Insel Kreta in die Luft abgehoben hätten, und eine Aufklärungsmaschine U-2S, die von Zypern gestartet sei.

Die U-2S habe die Aufklärung aus dem Luftraum der Ukraine und dem nordwestlichen Teil des Schwarzen Meeres durchgeführt“, hieß es.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/19/4088690_0:161:3071:1888_1920x0_80_0_0_2999b2be4a0bb241adbbbd532f22f868.jpg

Mil-Inr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden drei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 57. Brigade von den Positionen im Gebiet von Pritschepilowka aus **Wesjanoje** mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen 152mm-Artillerieschützen beschossen und vier Geschosse abgefeuert.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 24. Brigade von den Positionen im Gebiet von Popasnaja aus das Feuer mit Antipanzergranatwerfern auf **Molodjoshnoje** eröffnet und 3 Granaten abgefeuert.

In **Richtung Debalzewo** haben Kämpfer der 30. Brigade von den Positionen im Gebiet von Luganskoje aus **Kalinowka** mit einem großkalibrigen Maschinengewehr beschossen.

Informationen über Zerstörungen von ziviler Infrastruktur und Verletzte unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt. ...

snanews.de: „Wir bitten alle Freunde“: Selenski wirbt bei US-Senat für Sanktionen gegen Nord Stream 2

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenski hat den US-Senat auf sozialen Netzwerken dazu aufgerufen, die bereits vom US-Repräsentantenhaus beschlossene Änderung des Bundesgesetzes zum Verteidigungshaushalt (NDAA) zu unterstützen, die neue Sanktionen gegen die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 umfasst.

„Die Erpressung Europas mit Gas muss für immer beendet werden“, teilte Selenski am Freitag via Twitter mit. Die Ukraine sei dem Repräsentantenhaus für die Aufnahme eines NDAA-Änderungsantrags dankbar, der Nord Stream 2 stoppen werde, so der ukrainische Präsident.

„Wir bitten alle Freunde der Ukraine und der EU im US-Senat, diesen Änderungsantrag nun auch auf Senatsebene zu unterstützen“, forderte Selenski auf.

Der Änderungsantrag soll zwingende Sanktionen gegen das für die Pipeline verantwortliche Unternehmen verhängen. Um in Kraft zu treten, muss der neue NDAA-Gesetzesentwurf, dem das Repräsentantenhaus Ende September zugestimmt hatte, auch vom Senat verabschiedet und vom US-Präsidenten Joe Biden unterzeichnet werden. Die Senatsversion des NDAA verließ Medienberichten zufolge den entsprechenden Ausschuss, aber eine Abstimmung im Plenum steht noch nicht an.

US-amerikanisch-deutsche Abmachung zu Nord Stream 2

Mitte Juli hatte die Regierung von Joe Biden in einer gemeinsamen Erklärung mit Berlin sich verpflichtet, Nord Stream 2 mit keinen weiteren Sanktionen zu belegen, es sei denn, Russland wird die neue Pipeline als „politische Waffe“ gegen die Ukraine missbrauchen. Die Regierung in Kiew soll gemäß der Abmachung auch zusätzliche Finanzhilfen in Höhe von rund 150 Millionen Euro von Deutschland erhalten.

Mitte Oktober hatte die Zeitung „Politico“ berichtet, dass die US-amerikanische Regierung unter dem Präsidenten Joe Biden keine Sanktionen gegen die „Nord Stream 2 AG“ verhängen werde, obwohl der Kongress und insbesondere der republikanische Senator Ted Cruz versuchten, diese zu erwirken.

Am Montag hatte eine Gruppe von republikanischen Senatoren im Auswärtigen Ausschuss des US-Kongresses eine Initiative für das Gesetespaket zum Verteidigungshaushalt 2022 vorgebracht, die die Verhängung von Sanktionen gegen das Projekt Nord Stream 2 vorsieht.

Streit um neue Pipeline

Es ist vor allem Kiew, das aus Angst vor Einnahmeverlusten bei dem russischen Gastransit durch sein Territorium entschieden gegen die Pipeline auftritt. Auch die USA, die ihr Flüssigerdgas (LNG) in der Europäischen Union abzusetzen versuchen, weisen das Projekt zurück.

Im Dezember 2019 hatten die USA restriktive Maßnahmen gegen Unternehmen verhängt, die am Bau der russischen Gaspipeline beteiligt waren, weshalb die Arbeiten unterbrochen werden mussten. Ein Jahr später wurde die Rohrverlegung wieder aufgenommen.

Moskau hat bereits mehrmals betont, dass Nord Stream 2 ein kommerzielles Projekt sei, das sowohl für Russland als auch für die EU Vorteile habe und nicht politisiert werden sollte. Die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 war Anfang September fertiggestellt worden. Anfang Oktober wurde bekanntgegeben, dass der erste Strang der Pipeline bereits mit Gas befüllt worden sei. Ende Oktober wurde angekündigt, dass der zweite Strang voraussichtlich bis Ende des Jahres mit Gas befüllt sein werde. Noch in diesem Jahr will Gazprom 5,6 Milliarden Kubikmeter Gas durch Nord Stream 2 pumpen.



https://cdn1.snaneews.de/img/07e5/0b/0d/4308880_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_7adf78f91a4d7a66b168a12a27129a3f.jpg

snaneews.de: Minsk stellt Zelte an weißrussisch-polnischer Grenze auf und versorgt Migranten mit Essen

Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko hat das Militär beauftragt, im Flüchtlingslager an der weißrussisch-polnischen Grenze Zelte aufzustellen, wo Kinder Essen bekommen und humanitäre Hilfsgüter verteilt werden sollen.

Die Anordnung erfolgte am Samstagmorgen, meldete die belarussische Nachrichtenagentur Belta.

Am Montag hatten sich zahlreiche Flüchtlinge, größtenteils Kurden, zur weißrussisch-polnischen Grenze begeben. Vor der polnischen Grenzanlage sind rund 2000 Flüchtlinge, darunter viele Frauen und Kinder, stehengeblieben. Sie stellten unweit vom Grenzübergang Brusgi im Gebiet Grodno ein Lager auf.

Die auf polnischer Seite eingesetzten Sicherheitskräfte hindern die Migranten daran, die Grenzanlage zu überwinden.

Der Chef des Büros des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge in Weißrussland, Mulusew Mamo, hat nach einem Besuch des Flüchtlingslagers in dieser Woche erklärt, die Situation mit den Flüchtlingen aus dem Nahen Osten an der weißrussisch-polnischen Grenze sei katastrophal.

Lukaschenko hatte am Donnerstag vorgeschlagen, die Flüchtlingskinder in Sanatorien unterzubringen und notwendige Vorbereitungen dafür zu treffen. „Die Flüchtlinge baten jedoch darum, die Kinder nicht fortzuführen, sondern ihnen an der Grenze zu helfen, das heißt, ihnen Essen zu geben“, so die Mitteilung.

Daraufhin verfügte der Präsident, die Zulieferung und Verteilung humanitärer Hilfsgüter für die Flüchtlinge an der Grenze sicherzustellen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0b/09/4257512_0:191:2961:1856_1920x0_80_0_0_629fa89941b460570ed51f74aea32d76.jpg